

**Beschlussempfehlung und Bericht**  
**des Ausschusses für Finanzen und Wirtschaft**

**zu der Mitteilung der Landesregierung**  
**vom 6. Dezember 2011 – Drucksache 15/1010**

**Bericht der Landesregierung zu einem Beschluss des Landtags;**  
**hier: Denkschrift 2009 des Rechnungshofs zur Landeshaus-**  
**haltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haus-**  
**haltsjahr 2007**  
**– Beitrag Nr. 13: Methode der Bedarfsermittlung bei**  
**der Justiz**

**Beschlussempfehlung**

Der Landtag wolle beschließen,

von der Mitteilung der Landesregierung vom 6. Dezember 2011 – Drucksache 15/1010 – Kenntnis zu nehmen.

22. 03. 2012

Der Berichterstatter:

Andreas Stoch

Die Vorsitzende:

Tanja Gönner

**Bericht**

Der Ausschuss für Finanzen und Wirtschaft beriet die Mitteilung Drucksache 15/1010 in seiner 15. Sitzung am 22. März 2012.

Ein Abgeordneter der SPD legte dar, die Justizministerkonferenz habe beschlossen, das System zur Berechnung des Personalbedarfs in der Justiz, PEBB§Y, 2014 fortzuschreiben. Das Justizministerium Baden-Württemberg führe regelmäßig auch Organisationsuntersuchungen durch und sei bemüht, dass die Justizverwaltung so effizient wie derzeit bleibe. Er empfehle, von der vorliegenden Mitteilung Kenntnis zu nehmen.

Ein Abgeordneter der CDU betonte, Baden-Württemberg verfüge über die beste Justizverwaltung in Deutschland. Dabei müsse es auch bleiben. Die CDU wolle eine effiziente Justizverwaltung und keine, die sich am schlechtesten Zustand unter den Justizverwaltungen in Deutschland orientiere.

Eine Vertreterin des Rechnungshofs trug vor, der Rechnungshof sei damit einverstanden, wenn der Ausschuss dem Plenum Kenntnisnahme empfehle, und halte eine weitere Berichtspflicht für nicht erforderlich. Der Rechnungshof werde den Ausschuss allerdings schon vor 2014 wieder mit diesem Thema befassen, da er dabei sei, hierzu einen vertiefenden länderübergreifenden Vergleich anzustellen. Die betreffenden Ergebnisse fließen in einen Bericht ein, der dem Ausschuss zugehen werde.

Der Justizminister dankte den Fraktionssprechern für ihr Lob gegenüber der baden-württembergischen Justizverwaltung. Er fuhr fort, 2014 werde das mathematisch-analytische Zahlenwerk des Systems PEBB§Y aktualisiert. Er begrüße, dass Baden-Württemberg hierbei die Federführung zukomme. So dürfe es nicht zugelassen werden, dass der schlechteste Zustand in Deutschland, was Personalversorgung und Aufgabenerfüllung angehe, als Vergleichsmaßstab diene, nach dem auch die Justizverwaltung in Baden-Württemberg bewertet werde. Deshalb lege das Land Wert darauf, dass neben den reinen PEBB§Y-Zahlen immer auch die länderspezifischen Struktureinheiten einer Justizverwaltung berücksichtigt würden. In dieser Hinsicht sei Baden-Württemberg auf einem guten Weg.

Die baden-württembergische Justiz verzeichne im Ländervergleich die niedrigsten Beschäftigtenzahlen und die kürzesten Verfahrensdauern. Diesen Spitzenplatz sollte sich das Land nicht herunterrechnen lassen.

Der Abgeordnete der CDU merkte an, er habe die Worte des Ministers gern vernommen. Nach diesen Aussagen bestehe jedenfalls für eine größere Justizreform in Baden-Württemberg kein Anlass.

Ohne förmliche Abstimmung verabschiedete der Ausschuss die Beschlussempfehlung an das Plenum, von der Mitteilung der Landesregierung, Drucksache 15/1010, Kenntnis zu nehmen.

27. 03. 2012

Andreas Stoch